

**Rede des Spitzenkandidaten der FDP für die
Landtagswahl 2006, Prof. Dr. Ulrich Goll**

**Parteitag der FDP Baden-Württemberg
am 18. Juni 2005 in Baden-Baden**

- es gilt das gesprochene Wort -

Rede des Spitzenkandidaten der FDP für die Landtagswahl 2006, Prof. Dr. Ulrich Goll

Parteitag der FDP Baden-Württemberg am 18. Juni 2005 in Baden-Baden

(Anrede)

Es ist egal, ob wir mit vereinten Kräften erst die Bundestags- und dann die Landtagswahl gewinnen oder umgekehrt - wir werden es jedenfalls mit vereinten Kräften tun!

Ohnehin hängen Bundes- und Landespolitik eng zusammen, wenn es um Lösungen für die politischen Probleme in unserer Situation geht. Und wie sieht die aus?

Es ist schon bemerkenswert:

Wir haben Durchschnittseinkommen auf Rekordhöhe, aber 5,2 Mio Arbeitslose.

Die öffentlichen Haushalte nehmen heute mehr als doppelt so viel Geld ein wie 1985, trotzdem haben wir eine Nettoneuverschuldung von 2 Mrd. jährlich in Baden-Württemberg.

Wir haben die höchste individuelle Lebenserwartung aller Zeiten - um die neunzig Jahre, das sind drei Generationen nach herkömmlicher Rechnung - und sterben trotzdem aus, weil wir viel zu wenig Kinder haben, weil viele z.B. schon Angst haben, daß es für die jungen Menschen nicht einmal Arbeitsplätze gibt!

Es ist etwas faul in unserem Staat...

Dabei zählen wir zu den reichsten Gesellschaften, zu den Privilegierten dieser Erde!

Was wir jetzt am wenigsten brauchen, sind Angst, Fatalismus und Sich-in-das-Schicksal-ergeben;

was wir brauchen, um etwas zu verändern, sind Mut, Selbstvertrauen und Zuversicht!

Und was wir brauchen, ist eine liberale Politik, die den Menschen und seine Zukunft in den Mittelpunkt stellt!

Den Menschen in den Mittelpunkt stellen - das hat übrigens niemand so konsequent getan, und das darf man in diesem besonderen Jahr auch mal sagen - wie Friedrich Schiller - Schiller, der mit seinen Stücken vor allem die Empfindung erzeugen wollte, "ein Mensch zu sein". Mit dem Staat hat er bekanntlich kein spannungsfreies Verhältnis gehabt. Über den Gesetzgeber im klassischen Athen hat er geschrieben: "Schön und trefflich war es von Solon, dass er Achtung hatte für die menschliche Natur und nie den Menschen dem Staat, nie den Zweck dem Mittel aufopferte, sondern den Staat dem Menschen dienen ließ."

Diesen Satz können wir doch gleich, so wie er ist, in unser Programm nehmen. Gelegentlich wurde im Schillerjahr davor gewarnt, Schiller politisch zu vereinnahmen. Warum, ist mir schon klar - weil er weder ein Schwarzer war noch ein Roter, sondern liberal gedacht hat.

Mitglied hat er zwar damals noch nicht werden können, das konnte aber später Albert Einstein, der die liberale DDP sogar mitbegründet hat. Und er hat fast genau so formuliert, daß der Staat für die Menschen da ist und nicht die Menschen für den Staat. Einsteins Staatsformel wurde kürzlich ausgerechnet am Kanzleramt als Sinnspruch aufgehängt! Welch ein Etikettenschwindel! Dort hätte man besser einen schwarz umrandeten Aufkleber angebracht: "Diese Regierung gefährdet ihre Bürgerrechte!"

Die Bürgerrechte sind gefährdet, sie sind in Not. Für Millionen von Menschen in der Bundesrepublik ist schon das simpelste und grundlegende Bürgerrecht nicht mehr gegeben, nämlich das Recht, überhaupt dabei zu sein bei der Veranstaltung von Wirtschaft, Arbeitsleben und Gesellschaft.

Wir wissen es: Millionen von Menschen haben keine Chance, einen Arbeitsplatz zu bekommen, es sei denn, sie würden ihren Arbeitsplätzen hinterher in andere Länder auswandern. Wir wissen auch, woran es liegt: Die Kosten gerade für einfachere Arbeitsplätze sind zu hoch geworden, und daran ist der Staat maßgeblich beteiligt. Wenn wir eine Staatsquote von mehr als 50% haben, wenn der Staat mehr nimmt, als er läßt,

wenn mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts in Staatsverbrauch und Umverteilung fließen, dann ist der Punkt erreicht, wo die Unternehmen immer mehr die Kosten dieses Systems nur noch im Ausland erwirtschaften können und irgendwann demnächst gar nicht mehr.

Es ist der wichtigste und natürlich auch ein erstaunlicher Befund unserer Zeit: Gerade unsere gemeinsame Veranstaltung Staat, die wir alle tragen sollen und die wir selbst bezahlen, vernichtet Bürgerrechte und Lebenschancen in großem Stil, statt sie zu schützen und zu erhalten.

Das trifft zunächst und am härtesten die Arbeitslosen, die mit allen katastrophalen Folgen für ihr Selbstwertgefühl, für ihr Bürgerbewußtsein von der Gesellschaft abgesondert werden. Unser gemeinsamer Staat stellt sich aber mit Überregulierung und Staatslasten auch denen entgegen, die dabei sind und etwas unternehmen wollen, insbesondere den mittelständischen Unternehmern. Und er überzieht - wir werden das sehen - alle zunehmend mit einem System von Mißtrauen und Kontrolle.

Maßgeblich beteiligt, wenn auch bei weitem nicht allein schuld, ist die rot-grüne Bundesregierung.

Ausgerechnet die Grünen haben in der Vergangenheit versucht, uns die Funktion einer Bürgerrechtspartei streitig zu machen. Aber wenn wir als Liberale künftig immer noch Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mitgestalten, werden die grünen Sandburgen längst vom Winde verweht und von den Dünen der Geschichte verschluckt sein.

Mit irgendeinem in sich geschlossenen und halbwegs widerspruchsfreien Programm würde ich die Grünen ohnehin nicht in Verbindung bringen. Sie bieten das Bild einer Gruppe auserwählter Gutmenschen, die sich auf dem Berg versammelt, um dem Weltuntergang zu entgehen. Dabei versuchen sie, den Eindruck zu erwecken, daß es um das Überleben der Menschheit geht – es geht aber nur um ihr eigenes.

Ihr Bundesvorsitzender Bütikofer hat kürzlich im Interview uns vor die Zukunftsalternative

gestellt: "ökologische Zukunftsverantwortung oder wieder Atomrisiko". Daß der Strom dann nur aus den nahen französischen Kernkraftwerken kommt, stört diese Gruppe auf dem Berg nicht - bemerkenswert ist aber, wie sie mittlerweile gnadenloser als jede andere Partei die Leute für dumm verkaufen - wenn die nur Windräder im Schwarzwald aufstellen und selbstzufrieden grün wählen.

Bei den wichtigsten Themen herrscht innerhalb der Grünen Orientierungslosigkeit pur, wenn z.B. der baden - württembergische Abgeordnete Schlauch Ute Vogt als Risiko für die Wirtschaft bezeichnet - was stimmt -, während seine Partei in Berlin keine Mühe scheut, die Wirtschaft zum Stillstand zu bringen, zuletzt mit dem sogenannten Antidiskriminierungsgesetz.

Die einzige klare Aussage der Grünen ist ihre Koalitionsaussage zugunsten der CDU im Land. Mit ihr verbindet sie mittlerweile eine Art von gegenseitigem Dauerflirt – deshalb gibt es aktuell nur noch eine Partei, die ausschließlich für bürgerliche Bündnisse steht – nämlich die FDP.

Und die SPD? Sie ist eigentlich eine Partei, der der Anlaß abhanden gekommen ist. Sie gehört historisch zu dem Kapitalismus dazu, den sie gerade vergeblich versucht, aus der Mottenkiste zu holen. Es gibt aber keine Arbeiterbewegung mehr, weil es immer weniger Arbeiter gibt, wie die SPD sich Arbeiter vorstellt. Außerdem würde niemand die SPD ernsthaft mit irgendeiner Art von "Bewegung" in Verbindung bringen.

Jetzt setzen ihr auch noch abtrünnige Linke zu.

Grundsätzlich lebt die zerrissene SPD längst nicht mehr von ihren programmatischen Aussagen. Sie lebt nur noch davon, daß zu viele Menschen sich bescheiden darauf beschränken, politisch zwischen rechts und links zu entscheiden, zwischen schwarz und rot - das ist das einfachste. Viele sind zudem überzeugt: „Die machen eh alle das Gleiche.“

Es stimmt zwar, dass CDU, insbesondere CSU, und SPD immer schwerer unterscheidbar werden.

Aber es gibt nach wie vor sehr wohl eine Schlüsselfrage in der Konkurrenz der politischen Entwürfe, eine Frage, die den eigentlichen politischen Scheideweg markiert, und zwar ist es die Frage - wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen: Gehen wir davon aus, daß er gut ist und fähig oder gehen wir davon aus, daß er schwach und schlecht ist?

Das ist nichts anderes als der alte und doch immer aktuelle Gegensatz zwischen Thomas Hobbes und John Locke: Brauchen wir einen starken Staat, der die Menschen in Schach hält und sie dominiert oder einen, der sie vor allem auf ihrer eigenen, selbständigen Suche nach Glück und Wohlstand unterstützt?

Bei dieser Weichenstellung stehen CDU und SPD, was den dominierenden Staat angeht, allerdings auf der gleichen Seite, nur daß der Mensch für die CDU mehr bewachungsbedürftig, weil vielleicht doch schlecht und für die SPD mehr schutzbedürftig, weil im Zweifel schwach ist. Deswegen neigt die CDU manchmal zu polizeistaatlichen Vorschlägen - die DNA-Speicherung als erkennungsdienstliche Behandlung ist ein gutes Beispiel, Stichwort: „Jeder Mensch ein potentieller Täter“ - und die SPD versucht ihn ständig zu schützen, auch da, wo es nicht nötig ist - Stichwort: "Der Verbraucher als dummes Kind" und viele andere Stichworte mehr.

Alle miteinander, ob SPD, CDU und auch Grüne erinnern in ihren Vorschlägen leider meistens an das verrufene Motto: "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser"!

Wir vertrauen den Menschen, schon weil es zum Volk genauso wenig eine Alternative gibt, wie es zum Vertrauen in die Menschen eine wirkliche Alternative gibt, jedenfalls nicht in einem Staat, in dem ich leben möchte!

Andere leben offenbar mit einer ständigen Obsession, die Freiheit könnte mißbraucht werden.

Nur wer diese Angst in den Vordergrund stellt, kann auf die Idee kommen, alle Konten aller Bürger kontrollieren zu müssen. Weil ein paar schwarze Schafe dabei sein könnten, muß wieder einmal die ganze Herde gründlich durchleuchtet werden. Rot-Grün hat das Gesetz gemacht, aber auch die CDU ist erstaunlicherweise nicht daran interessiert, es wieder abzuschaffen - obwohl sie selbst im Bundestag wie im Bundesrat gegen das Gesetz war - das ist das süße Gift der staatlichen Macht, die der CDU am Ende doch immer besser gefällt als der Schutz der Privatheit, und das ist gerade der Unterschied zu uns Liberalen!

Natürlich wollen wir Steuerhinterziehung verhindern, aber nicht, indem wir die Freiheit hinterziehen und den Schutz privater Lebensgestaltung, soweit er überhaupt noch gegeben ist. Im konkreten Fall wäre es im übrigen besonders einfach, Steuerhinterziehung zu verhindern, indem man eine pauschale Abgeltungssteuer auf Zinseinkünfte einführt wie beispielsweise im nahen Österreich, wo das deutsche Geld jetzt schon liegt. Deswegen sind ja jetzt auch manche Volksbanken unterwegs nach Österreich.

Die Zinsabgeltungssteuer wäre übrigens nichts anderes als ein kleiner Vorgriff auf Steuervereinfachungsmodelle nach den Vorschlägen von Solms oder Kirchhof, von denen viele reden - aber ich bin gespannt, wer noch dabei ist, wenn's zum Schwur kommt und wir im Bundesrat und im Bundestag bürgerliche Mehrheiten haben sollten. Wahrscheinlich wird dann mancher jetzt noch übermütige Veränderer auf schwarzer Seite ganz schnell wieder von der Finanzverwaltung eingefangen. Aber wir werden für die notwendige Bewegung sorgen!

Immerhin stehen wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner beim Kampf gegen das große Mißtrauensgesetz zur Kontrolle der Vertragsfreiheit und ihrer redlichen Nutzer, von Etikettenschwindlern als Antidiskriminierungsgesetz verkauft. Mit diesem Gesetz wird man aber genau so wenig Gleichbehandlung erzeugen, wie man mit dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit unterm Strich auch nur einen Euro ins Land zurückgeholt hat.

Das sind alle nur Gesetze, die Stillstand bewirken, Flucht der Arbeitsplätze aus dem Land, Flucht der Sparguthaben aus dem Land, Flucht des Wohlstands aus dem Land.

Heute ist der 18. Juni. Gestern vor 52 Jahren gingen die Menschen auf die Straße, um ein unmenschliches und freiheitsfeindliches System zu beseitigen. Aber es hat nach der blutigen Niederschlagung des Aufstands noch viele Jahre gedauert bis zum Zusammenbruch der sozialistischen Systeme und dem, was man den Sieg der westlichen Systeme nennen könnte. Aber Siege können auch blind machen für die eigenen Schwächen.

Unsere Schwäche ist, dass wir sanft erdrückt werden von der wachsenden Staatlichkeit. Auch unser System ist zunehmend freiheitsfeindlich, nur ist es nicht offen freiheitsfeindlich, sondern strukturell freiheitsfeindlich, ähnlich wie man einmal offene Gewalt von struktureller Gewalt unterschieden hat. Wir müssen in unserem System nicht gegen Gewalt aufstehen. Aber wehren müssen wir uns, wenn es mit der Freiheit und mit dem Wohlstand, den nur ein freiheitliches System schafft, nicht schleichend weiter bergab gehen soll.

Wir müssen etwas tun für Freiheit und für Wohlstand. Insbesondere auch von dieser Landesregierung werden Zeichen erwartet, und die sind noch nicht deutlich genug. Es reicht nicht, über Wirtschaft Bescheid zu wissen, sondern die öffentliche Hand, für deren Steuerung wir verantwortlich sind, muß sich auch rühren! Es geht um das, was die Wirtschaft in der Sache am meisten braucht, nämlich Wiederherstellung von Freiheit, Begrenzung von Staatlichkeit auf ein vernünftiges Maß und die Sanierung des Landeshaushalts.

Der neue Ministerpräsident läuft Gefahr, die notwendigen Zeichen zu versäumen, weil er auf eine absolute Mehrheit setzt und deswegen in alle Richtungen Signale sendet, die in der Summe diffus bleiben, aber möglichst wenig Wähler verprellen. So wie es Jürgen Rüttgers gerade vorexerziert hat - auch um den Preis einer "Sozialdemokratisierung" der CDU.

Vielleicht will Günther Oettinger aber auch auf Stoibers Spuren wandern, der auch auf allen Schultern Wasser trägt - und deswegen als Kanzlerkandidat in der letzten Bundestagswahl erstaunlich profillos geblieben ist. Der Besuch Oettingers in München kürzlich, um sich den bayerischen Segen zu holen, war sicher kein Zufall.

Da droht also eine Fortsetzung der Tradition, daß Aktionen unseres Regierungspartners ohne vorherige bayerische Unbedenklichkeitsbescheinigung selten sind.

Baden-Württemberg ist aber nicht Bayern. Baden-Württemberg hat eine starke liberale Tradition. Und es wird hier die Aufgabe der Liberalen sein, in der Regierung zu drängen, dass die notwendigen und richtigen Entscheidungen fallen. Der Versuch, es allen möglichst recht zu machen, würde genau in dieses Lavieren münden, in dieses Über-den-Zaun-Springen, wo er am niedrigsten ist, um irgendwie den nächsten Haushalt noch zusammen zu bekommen. So können wir nicht weitermachen!

Wir müssen beispielsweise klar sagen, von welchen Teilen der Verwaltung wir uns trennen wollen - und es gibt genug davon. Wir dürfen nicht nur allgemein von der Verkleinerung der Verwaltung reden nach dem Motto: "Dichten kann ich, nur fällt mir nichts ein!"

Wir verwalten zum Beispiel Grundstücke des Landes im Milliardenbereich, von denen wir einen ganz erheblichen Teil nur zu dem Zweck besitzen, daß diejenigen beschäftigt sind, die diese Grundstücke verwalten. Um diese heilige Kuh, um diesen sinnlosen Besitzstand wird seit Jahren ein Bogen gemacht, obwohl sowohl die Verwertung der Grundstücke wie der Abbau des Personals, das zu ihrer Verwaltung beschäftigt ist, uns weiterhelfen würde. Selbst Konzepte, die schon vereinbart sind für diesen Bereich, werden ständig wieder verwässert. Ist einmal ein klarer liberaler Vorschlag da, so versucht man sofort, an vielen Schreibtischen wieder Lenor hineinzukippen. So kommen wir nicht weiter!

Leider auch ein Weg, einem klaren Konzept auszuweichen, ist der, immer neue Sparlasten portionsweise, wie sie halt gerade reinhageln, auf die Ressorts zu verteilen - egal, wo und wie sie es herbringen. In einem privaten Haushalt fallen viele Ausgaben an, von der Strom- und Wasserrechnung über das Essen bis hin zum Strand- und Skiurlaub.

Wenn das Geld nicht reicht, muß eben ein Urlaub mal gestrichen werden - niemand würde stattdessen den Strom für zwei Stunden täglich abschalten. Aber das machen wir:

Wir hauen überall ein Stück weg, auch wenn es eigentlich nicht geht, und versuchen dafür, an allem festzuhalten, auch wenn einmal ganz darauf verzichtet werden könnte, ohne daß gleich die Welt untergeht. Auch diese Politik von der Hand in den Mund, die immer nur um die nächste Krümmung des Flusses schaut, können und wollen wir nicht fortsetzen! Wir brauchen deutlichere qualitative Aussagen zur Sanierung des Haushalts statt globaler Minderausgaben und wir sind, wenn wir vorhandenen, liberalen Vorschlägen folgen, auch in der Lage, solche Aussagen zu treffen!

Wir müssen auch sagen, wie wir es halten mit dem Thema, die Nettoneuverschuldung auf Null zu bringen. Das darf sich nicht nur so anhören: "Wir versprechen nichts, aber das halten wir bestimmt!" Die Aufgabe, die Neuverschuldung zu beenden, mag auch von Einflüssen abhängen, die wir nicht bestimmen können, das ist richtig. Aber deswegen gar keinen Zeitplan mehr zu nennen, wäre so, wie wenn die Lufthansa keine Ankunftszeiten mehr nennen würde, weil es vielleicht Nebel gibt. Konkret müssen wir uns wenigstens vornehmen, um die Mitte der kommenden Legislaturperiode die Wendemarke zum Schuldenabbau zu erreichen!

In der Familienpolitik geht es um gemeinsame Überschriften mit der Union, aber der wirklich gemeinsame Weg in der Umsetzung muß an vielen Stellen noch gesucht werden.

Klar ist, dass die Rolle der Frau im Vordergrund steht, wenn wir mehr Kinder wollen. Es muß irgendwie attraktiv für sie sein, Kinder zu bekommen, denn auf biologische Vorbestimmtheiten kann man sich höchstens noch in einigen Ecken Bayerns verlassen. Zu Recht ist im Übrigen darauf hingewiesen worden, dass es durchaus auch um die Rolle des Mannes geht. Wenn für die Männer Familiengründung im statistisch nicht unwahrscheinlichen Fall bedeutet, dass sie irgendwann zwar für die Familie bezahlen, aber nichts mehr von ihr sehen, dann wundern wir uns nicht mehr, dass auch die potentiellen Väter deutlich zunehmend weniger an Familie interessiert sind.

Aber die Schlüsselfrage dürfte die sein, wie wir der Frau eine realistische und nicht von Vorurteilen verfolgte Wahlmöglichkeit verschaffen zwischen den Formen Beruf, Kindererziehung oder beides.

Diesen Punkt hat in jüngster Zeit auch der Ministerpräsident zu Recht betont.

Aber zu denken gibt der Zustand seiner Partei, auf die er in dieser Frage wohl noch ein paar Jahre einwirken muß. Die Schmutzkampagne, die an der Basis der CDU gegen die erste Frau losgetreten wurde, die bisher im Land Ministerpräsidentin werden wollte, spricht eine eigene und hässliche Sprache.

Nein, meine Damen und Herren, beim Thema moderne Familienpolitik wird Günther Oettingers baden-württembergische Gefolgschaft allenfalls in großem Abstand hinterher schleichen - jederzeit bereit, sich in die Büsche zu verdrücken, wenn es darum geht, von bequemen und eingeschliffenen Abläufen abzurücken, die manche mit Traditionen verwechseln.

Selbstverständlich gibt es gute Traditionen - und eine davon ist die, die Erziehung, soweit es geht, in der Regie der Eltern zu lassen. Das hat, jedenfalls für Liberale, auch etwas zu tun mit Staatsferne und eben wiederum mit Vertrauen in die Menschen. Sicherlich ist die Forderung nach mehr Ganztagschulen richtig und die Ganztagschule als Angebot an die Familien wird von uns seit langem unterstützt. Aber selbst wenn wir alle Kinder obligatorisch in Ganztagschulen stecken würden - was ein Fehler wäre - wären sie für 16 Stunden des Tages, für 2/3 der Zeit immer noch in der Obhut der Eltern. Und genau so wie die Freiheit ohne Alternative ist, weil sie durch nichts zu ersetzen ist, jedenfalls nicht durch Planung und Kontrolle, ist auch die Erziehung in der Familie durch nichts zu ersetzen, jedenfalls nicht durch den Staat.

Umso mehr müssen wir aktuell Acht geben: Manches Konzept, das vorgibt, den Eltern entgegenzukommen und die Wahlfreiheit der Frau zu verbessern, ist in Wirklichkeit nichts anderes als der Griff des Staates nach der vorschulischen Erziehung - und das darf nicht die aktuelle Regierungspolitik in Baden-Württemberg werden!

Wenn wir wirklich mehr Kinder wollen, brauchen wir familienorientiertes und nicht staatsorientiertes Denken. Wir brauchen Betreuungsangebote und keinen Pflichtkindergarten, der eine Strafe für die Familien ist und den Kinderwunsch im Zweifel gerade nicht fördert!

Was glauben Sie, wie sich die Betreuungslandschaft verändern würde, wenn der Vorschlag umgesetzt wäre, den ich gemeinsam mit Birgit Homburger gemacht habe - wenn wir das Geld für die Betreuung nicht in Institutionen pumpen würden, die den Eltern sagen, was Betreuung und Erziehung bedeuten, sondern wenn wir es den Familien geben, die den Institutionen klarmachen, was sie selbst unter Betreuung und Erziehung verstehen, was sie haben wollen und was sie brauchen!

Wir müssen Acht geben, dass sich in der Koalition kein falsches Denken breit macht. Es ist zwar völlig richtig und von allen getragen, qualifiziertes Ehrenamt in die Ganztagsbetreuung einzubeziehen. Wir wollen aber auch, dass sich die Eltern selbst an der Ganztagsbetreuung beteiligen können, und zwar ohne dass sie dafür am Ende selbst eine staatliche Prüfung brauchen. Professionalität in Ehren - und richtig ist, dass auch mehr Bildung in die vorschulische Erziehung gehört. Aber hüten wir uns davor, Bildung und Erziehung in diesem Alter zu sehr zu trennen. Eine gute Betreuung umfaßt selbstverständlich beides - und was eine gute Betreuung ist, wissen gerade Eltern sehr gut einzuschätzen und zu entscheiden, wenn man ihnen die bisherigen öffentlichen Mittel für Betreuung als Betreuungsgutschein einfach in die Hand gibt!

Dann werden Institutionen sich schnell an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, die sie nutzen, statt den Familien Normen vor die Nase zu setzen, die von Stellen gemacht werden, die nicht zu fragen brauchen, ob die Kinder und Eltern sich auch freiwillig für diese Institutionen entscheiden würden oder nicht.

Sie merken es: ich bin dagegen, dass wir die nicht selten allwissende Schulbürokratie, - ich sage nur: Rechtschreibreform! - jetzt einfach auch noch auf die Kindergärten ausdehnen - und das ist die aktuelle Gefahr.

Wir wollen umgekehrt, was die Schule betrifft, daß die Menschen, die in der Schule sind und unmittelbar mit ihr zu tun haben - Lehrer, Eltern, Schüler - mehr Eigenverantwortung bekommen, um eine Schule zu gestalten, in der Kreativität Trumpf ist und in der jeder sich für das Ergebnis der Veranstaltung verantwortlich fühlt - eine Schule, die dem Staat, seinen Paragraphen und seinen Beamten ein Stück ferner und dafür den Menschen ein Stück näher ist.

Ich zweifle, ob in der Erziehung Eltern und Schule am besten motiviert sind, wenn die Schulen die Kinder staatlich garantiert bekommen und die Eltern meinen, daß sie die Erziehung staatlich garantiert bekommen, und dasselbe gilt für Einrichtungen zur Kinderbetreuung.

Wir wollen in der Erziehung die Menschen mehr in den Mittelpunkt rücken. Und wir wollen in der Politik überhaupt den Menschen wieder mehr in den Mittelpunkt holen, ihn nicht zu einer Randfigur des politischen Prozesses machen, der alle paar Jahre ein paar Geschichten erzählt bekommt und dem man, damit er das richtige Kreuzchen macht, ein paar bunte Bilder hinstellt.

Ich könnte mir deshalb auch gut vorstellen, daß wir ein Stück der Schweizer Praxis zu uns über die Grenze herübernehmen und die Menschen stärker auch an gesetzgeberischen Entscheidungen des Landes beteiligen - es muß ja nicht alles Gute aus Europa kommen...

Außerdem könnten wir die Mitsprache der Bürger im kommunalen Bereich noch einmal verbessern. Die Mitsprache der Betroffenen ist zwar jetzt auf liberalen Druck ein deutliches Stück verstärkt worden. Aber wir haben, so erstaunlich es klingt, noch nicht einmal das bayerische Niveau erreicht.

Allerdings muß man den Bayern lassen, daß sie für Bürgerentscheide im kommunalen Bereich eine fortschrittliche Regelung haben. Ich habe immer gerätselt, warum das so ist. Günther Beckstein hat kürzlich auf einer Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung in

Karlsruhe - ob so ganz scherzhaft oder nicht - den Grund verraten, warum die Bayern das so machen: Die Menschen könnten dann ihren Unmut an Sachentscheidungen abreagieren, um am Ende bei der Wahl ihr Kreuz doch wieder an der richtigen Stelle zu machen.

Auch so kann man eine gute Sache begründen! Die Menschen stärker wieder in die Politik zu holen, indem man sie direkt an Entscheidungen beteiligt, ist jedenfalls ein richtiger Weg und ein liberaler Weg. Ich kenne die Einwände gegen eine Verstärkung plebiszitärer Elemente. Aber ich fürchte, nur so kann die ganze Normenproduktionsmaschinerie konsequent daran erinnert werden, dass die Produkte dem Mann und der Frau auf der Straße noch erklärbar und vermittelbar sein müssen.

Wenn man sich das jetzt auch in Brüssel vor Augen führt, dann ist es auch kein Fehler. Dann denkt man vielleicht auch noch einmal über den Vorschlag nach, im Namen des Strahlenschutzes Bauarbeiter zu verpflichten, bei Sonnenschein ein T-Shirt anzuziehen. (Bei Regen können sie es wieder ausziehen.).

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, ich fasse einige Punkte noch einmal zusammen:

Wir wollen mehr Arbeit und - unter dem Strich - mehr von der Arbeit. Deswegen müssen wir als Land Druck ausüben in Richtung aller Konzepte, die rangehen an die Themen Entlastung der Arbeit und Steuerreform.

Wir wollen weniger staatliche Bevormundung und Durchleuchtung. Wenn man zu oft und zu viel geröntgt wird, ist das bekanntlich gesundheitsschädlich. Deshalb kämpfen wir gegen die Regulierungswut und gegen einen Staat, der seine Nase überall hineinzustecken versucht. Wir wollen Freiheit wiederherstellen, wo sie unbedacht und zu Lasten des Ganzen staatlich verdrängt worden ist!

Wir geben den Schulen bessere Rahmenbedingungen, damit sie eigenverantwortlich für mehr Kreativität und weniger Alltagstrott sorgen können - Pisa muß bald der Geschichte angehören!

Und wir wollen mehr Mitsprachemöglichkeiten der Menschen bei politischen Entscheidungen, damit sie sich nicht weiter abwenden vom politischen Prozeß.

Das ist liberale Politik, dafür werden wir kämpfen - im Landtagswahlkampf wie - jetzt vermutlich erst einmal - im Bundestagswahlkampf! Jetzt müssen erst im Bund Menschen die Gestaltung übernehmen können wie Birgit Homburger, Dirk Niebel und unsere Bundestagsabgeordneten - und zu Beginn des kommenden Jahres werden wir die Fortsetzung der erfolgreichen Regierungskoalition in Baden-Württemberg erkämpfen, wir sind gut drauf und nicht zu bremsen, egal von wem, wir werden dafür sorgen, daß auch weiter in diesem Land liberale Politik gestaltet wird!

Stand: 17.06.2005